



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

APRIL 2019

Europa. Jetzt aber richtig!

DGB-Aufruf zum 1. Mai 2019

Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Die EU hat dafür gesorgt, dass wir in Europa seit Jahrzehnten in Frieden leben. Und sie hat für die Menschen in Deutschland und europaweit erhebliche Vorteile gebracht: Wir können frei in Europa reisen und arbeiten. Bei Arbeitszeiten, Urlaub, Mutterschutz und in vielen anderen Bereichen der Arbeitswelt schützt und erweitert die EU die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und auch wirtschaftlich profitiert Deutschland enorm von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Trotzdem erleben immer mehr Menschen, dass in der EU die Interessen der Märkte oft Vorrang haben vor sozialen Belangen. Und das, obwohl heute mehr denn je gilt: Nur eine gemeinsame und solidarische Politik für ganz Europa bringt uns weiter. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb: Europa. Jetzt aber richtig! Für uns heißt das: Dem Bekenntnis, Europa sozialer zu machen, müssen jetzt auch Taten folgen.

Die Rechtspopulisten und Nationalisten in Europa bieten keine Lösungen – im Gegenteil: Die Brexit-Abstimmung in Großbritannien und ihre Folgen haben gezeigt, wohin es führt, wenn diejenigen die Oberhand gewinnen, die Ängste schüren, aber keinerlei Konzepte für die Zukunft haben. Am 1. Mai zeigen wir klare Kante gegen Rechts und alle, die unser Land und Europa spalten wollen. Wir sagen Nein zu Intoleranz, Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus. Deswegen gehen wir am 1. Mai gemeinsam auf die Straße: Wir machen den Tag der Arbeit zum Tag der europäischen Solidarität. Und wir kämpfen gemeinsam für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Fortschritt in Deutschland: für Gute Arbeit, gute Einkommen und Arbeitsbedingungen, mehr Tarifbindung und eine Rente, die für ein gutes Leben reicht. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 26. Mai 2019 an der Europawahl teilzunehmen: für ein solidarisches und gerechtes Europa.

Den Aufruf des DGB in voller Länge findet ihr unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++c42b3c70-499d-11e9-b5c0-52540088cada>

DGB



Für ein Europa der Menschenwürde

Starkes gewerkschaftliches Engagement zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus

Dieses Jahr standen die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 11. bis 24. März noch unter dem Eindruck des grausamen, rassistischen Terroraktes von Neuseeland, bei dem 50 Muslime getötet wurden. In über 1.700 Moscheegemeinden fanden daher Predigten und Gebete statt, die sich mit den Menschen in Neuseeland solidarisierten. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann betonte beim Besuch eines Freitagsgebetes die Verbundenheit mit Muslim*innen: „Wir brauchen viel mehr Orte der Begegnung, um Vorurteile abzubauen, um miteinander ins Gespräch zu kommen und so für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen.“ In vielen der mehr als 1.850 gemeldeten Veranstaltungen wurde in Beiträgen und Schweigeminuten der Menschen in Neuseeland gedacht. „Noch nie gab es bei den UN-Wochen gegen Rassismus so zahlreiche und vielfältige Veranstaltungen. Die Solidarität mit den Opfern des antimuslimischen Rassismus in Neuseeland war beeindruckend. In Synagogen, Kirchen und Moscheen wurde betont, dass Terror nicht mit Religion vereinbar ist. Bei Gewalt gegen Juden, Christen oder Muslime schließen sich die Glaubensgemeinschaften enger zusammen“, so Jürgen Micksch, Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus. Rassistische und nationalistische Gruppierungen mobilisieren jedoch gegenwärtig für die Europawahlen am 26. Mai 2019. Unter dem Motto „Europa wählt Menschenwürde“ werden daher die Aktivitäten der Stiftung gegen Rassismus in diesem Jahr bis zu den Europawahlen fortgesetzt. Auch unser Vorsitzender Giovanni Pollice, gleichzeitig Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung gegen Rassismus, appellierte anlässlich des 21. März an Zivilcourage und klare Haltung im Kampf gegen Rassismus: „Jeder und jede einzelne kann einen Beitrag dazu leisten und im Alltag seine Stimme gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus erheben – denn oft merkt man erst dann, was man an Freiheit und Frieden hat, wenn sie in Gefahr sind. Die Europawahl ist auch vor diesem Hintergrund eine Richtungsentscheidung: Europa ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Solidarität. Mein Appell: Geht wählen und bewegt viele Bürgerinnen und Bürger, es auch zu tun. Wir müssen den Populisten, Rassisten und Menschenfeinden Einhalt gebieten!“

Dass die DGB-Gewerkschaften sich aktiv gegen Rassismus engagieren, zeigten auch in diesem Jahr wieder die vielfältigen Aktivitäten vor Ort im Rahmen der Internationalen Wochen, von denen einige Schlaglichter hier aufgezeigt werden sollen: Die Kolleg*innen der IG Metall Dortmund beteiligten sich zum Beispiel gemeinsam mit der IG Metall Bochum-Herne an den Internationalen



Wochen gegen Rassismus mit einer Luftballon-Aktion in der Innenstadt, um zu zeigen, dass Rassismus keinen Platz hat und die Argumente der Populist*innen nur aus heißer Luft sind – wie die Ballons. Rechtspopulismus entgegneten, das haben sich die IG Metall-Vertrauensleute in Kiel zum Ziel gesetzt und gleich ein zweitägiges Seminar im Rahmen der Internationalen Wochen unter diesem Motto organisiert. Ebenfalls im hohen Norden in Kiel waren die Kolleg*innen von ver.di mit einem Info-Stand am 21. März im Einsatz und verteilten Material der Gelben Hand. Auf der ver.di-Landesbezirkskonferenz NRW Mitte März setzten die 300 Delegierten mit einer großen Fotoaktion vor der Duisburger Mercatorhalle ein deutliches Zeichen dafür, dass Menschenrechte „#unteilbar“ sind. Die Gelbe Hand war mit einem Infostand dabei. Die Besucher*innen an unserem Stand konnten sich von einer Fotobox fotografieren lassen, das Bild wurde automatisch ergänzt um das #unteilbar-Logo und die Gelbe Hand!

Kolleg*innen der IG BCE waren ebenfalls im Rahmen der Internationalen Wochen aktiv. Die IG BCE Ortsgruppe in Hamburg Bergedorf beispielsweise organisierte wie jedes Jahr eine Info-Aktion in der Einkaufsmeile. In Alsdorf luden die Kolleg*innen des Arbeitskreises Migration und des Bezirksfrauenausschusses am 21. März zur interessanten Abendveranstaltung „Rechtspopulismus in Europa – Gefahr für die Demokratie?“ mit dem Europa-Abgeordneten Dennis Radtke. Auch im Hauptsitz in Hannover stand die zentrale Veranstaltung zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus im Zeichen der richtungweisenden Europa-Wahl. Unter dem Motto „Europa wählt Menschenwürde – Demokratische Grundwerte verteidigen“ forderte IG BCE-Vorstandsmitglied Petra Reinhold-Knappe angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus „mehr Lust auf Europa“ und mehr Engagement für die großen Werte Europas: Frieden, Solidarität, Offenheit und Vielfalt.



Vielfalt abbilden, Rassismus bekämpfen

3. Bundeskonferenz der Migrant*innen in ver.di

Am 29. und 30. März fand in der Bundesverwaltung in Berlin die 3. ver.di Bundeskonferenz der Migrant*innen statt. Die 50 Delegierten der Migrationskonferenz berieten 23 Anträge, mit denen die Delegierten die migrations- und gesellschaftspolitische Beschlussfassung von ver.di mit beeinflussen. Viele Anträge wurden daher an den ver.di-Bundeskongress im September in Leipzig weitergeleitet. Zentrale Forderungen waren dabei unter anderem: politische Teilhabe durch doppelte Staatsangehörigkeit und Wahlrecht, Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrantische Frauen, sichere Aufenthalts- und Arbeitsrechte für Geflüchtete, interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes, Unterstützung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer, Abgrenzung und Bekämpfung von rassistischen Parteien wie der AfD und ihren Funktionären, die satzungsmäßige Verankerung von Vielfalt bei ver.di unter dem Motto #KeinWirOhneUns, Umsetzung eines ver.di-Gesamtkonzepts für Vielfalt zur Absicherung der positiven Mitgliederentwicklung unter Migrant*innen.

Die Gelbe Hand war ebenfalls auf der Konferenz durch den Vorsitzenden Giovanni Pollice und den stellvertretenden Vorsitzenden Romin Khan, der als für Migrationspolitik zuständiger Referent bei ver.di für die Organisation der Konferenz verantwortlich war, vertreten. Erfreut zeigte sich Pollice darüber, dass sich die Delegierten in einem der Anträge für die Unterstützung des Kumpelvereins ausgesprochen haben. So heißt es darin: „ver.di setzt sich dafür ein, dass der Kum-

pelverein (Gelbe Hand) und somit auch dessen Geschäftsstelle dauerhaft gesichert wird. (...) ver.di wird sich auch weiterhin maßgeblich an der Finanzierung des Vereins beteiligen“. Pollice bedankte sich herzlich für diese tolle Unterstützung. Sehr erfreulich ist auch, dass viele Kolleg*innen Fördermitglied des Kumpelvereins geworden sind, u.a. auch das Bundesvorstandsmitglied Dagmar König.

Für unser Vorstandsmitglied Romin Khan ist es wichtig, dass Vielfalt zu sich in den Organisationsstrukturen einer Gewerkschaft widerspiegelt. Er griff auf der Konferenz das Motto „Kein wir ohne uns“ auf, das nicht nur auf den Flyern, Stickers und Taschen, sondern auch ausformuliert in den Konferenzanträgen zu finden war: „Wenn die Gruppe von Mitgliedern mit Migrationsbezügen wächst, aber in den Gremien unterrepräsentiert ist, dann gefährdet dies die Zukunftsfähigkeit von ver.di“, sagte Khan.

Erdogan Kaya, Vorsitzender des ver.di-Bundesmigrationsausschusses, sieht ver.di dahingehend auf einem guten Weg. Ver.di kämpfe für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen und die gestiegenen Mitgliederzahlen bei den Migrant*innen zeigten das große Vertrauen dieser Kolleg*innen in die Gewerkschaft. „Kein wir ohne uns – wir stärken ver.di als vielfältige Organisation“, betonte Kaya. Ein Schritt in diese Richtung ist auch der Aufruf im neuen Trainee-Programm von ver.di zur Ausbildung von Gewerkschaftssekretär*innen. Darin heißt es: „Wir schätzen die Vielfalt in der Arbeitswelt



und streben die Erhöhung des Anteils von Kolleg*innen mit Einwanderungsbiographien/Migrationshintergrund an.“

Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske forderte in seiner Rede die Kolleg*innen auf, sich an der kommenden Europawahl zu beteiligen und verband dies mit einem flammenden Appell, sich gegen den grassierenden Rechtspopulismus zu engagieren: „Die deutsche Brexit-Partei ist die AfD. Das sind politische Geisterfahrer, die die Gesellschaft spalten wollen und nur Scheinlösungen anbieten“, führte Bsirske aus. Dagmar König, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und für die Arbeit der Migrant*innen, betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung von Arbeit für die Integration: „Wir müssen alles tun, damit die, die zu uns kommen, in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Arbeit und Ausbildung sind zentrale Hebel für eine Teilhabe an der Gesellschaft und als Gewerkschaft und betriebliche Interessensvertretungen tragen wir unseren Teil dazu bei, dass Integration gelingt. Dafür möchte ich mich bei euch herzlich bedanken“, erklärte König an die Aktiven vor Ort gerichtet. Einen ausführlicheren Bericht zur Bundeskonferenz der Migrant*innen findet ihr unter:

<https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++96342d2c-5a00-11e9-8293-525400423e78>

Die Stärke der IG Metall: Einheit in Vielfalt

IG Metall Personengruppenkonferenz vom 27. bis 30. März in Mannheim

In Mannheim tagten vom 27. bis 30. März 2019 vier Konferenzen der IG Metall. Unter dem gemeinsamen Motto „Wir und Jetzt“ kamen knapp 1300 Delegierte aus den Bereichen Frauen, Migrant*innen, Jugend und Angestellte zusammen, um über aktuelle Themen zu diskutieren und die politischen Vorhaben für die nächsten vier Jahre zu planen. Ein übergreifendes Thema war die Frage nach der Veränderung der Arbeits- und Lebenswelt durch die Digitalisierung, aber auch die klare Haltung der IG Metall, Vielfalt zu fördern und Rassismus immer und überall entschieden entgegenzutreten. Der Kumpelverein war – vertreten durch den Vorsitzenden Giovanni Pollice, die Geschäftsführerin Dr. Klaudia Tietze und das Fördermitglied Thomas Kasper – mit einem Info-Stand vor Ort.

Dass diese vier Gruppen- Frauen, Jugend, Migrant*innen und Angestellte – in Mannheim gemeinsam und gleichzeitig tagten, passe zu den Megatrends unserer Zeit, betonte Christiane Ben-

ner, Zweite Vorsitzende der IG Metall: „Die Arbeitswelt und die Gesellschaft werden weiblicher, werden internationaler, werden vielfältiger und werden akademischer.“ Diese Vielfalt sei seit jeher eine Stärke der IG Metall, die es kreativ zusammenzuführen gelte. Dass dies gelingt, zeigt die Tatsache, dass in allen vier Personengruppen Mitgliederzuwächse zu verzeichnen sind. Vor allem bei der Jugend: Bei Auszubildenden, dual Studierenden und Studierenden hatte die IG Metall Ende 2018 fast 130.000 Mitglieder – innerhalb von vier Jahren ein Plus von fast 14 Prozent. Was die Interkulturalität anbelangt, so ist die IG Metall eine der vielfältigsten Organisationen Deutschlands. „Wir wachsen auch bei den Mitgliedern ohne deutschen Pass. Ein Viertel unserer Mitglieder hat einen Migrationshintergrund“, erklärte die Zweite Vorsitzende der IG Metall und machte gleichzeitig deutlich, worauf es ankommt: „Ein diskriminierungsfreies Miteinander im Betrieb. Das ist das herausragende Thema für unsere Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Und es gibt auch einen Grund dafür: Die Satzung der IG Metall und das Betriebsverfassungsgesetz machen keinen Unterschied nach der Herkunft der Menschen. Das ist die Grundlage für ein diskriminierungsfreies Miteinander. Dieses Miteinander werden wir gerade wegen der Zunahme von Rassismus und Hetze in unserer Gesellschaft entschlossen verteidigen.“

Beschlüsse dahingehend fassten die 260 Delegierten der IG Metall-Jugendkonferenz. So soll in Zukunft die Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit ausgebaut werden. Auch die Betriebe sollen in die Pflicht genommen werden, noch stärker zur NS-Zeit aufzuklären im Angesicht des zunehmenden Rechtsrucks. Darauf zielt mit Blick auf die Europawahl auch die Initiative #klareKante der IG Metall Jugend, die auf der Konferenz noch einmal bekräftigt wurde. Die Initiative #klareKante macht sich für ein freies, vielfältiges und offenes Europa stark – gegen Ausgrenzung, Nationalismus und rassistische Stimmungsmache.

Auf der Migrationskonferenz diskutierte am ersten Tag Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, u.a. mit Migrationsforscher Aladin El-Mafaalani, wie man Vielfalt in Unternehmen, Gewerkschaft und Gesellschaft verankern könne. Am zweiten Tag ging es dann unter dem Motto „Von der Idee zur Aktion“ um die konkrete Umsetzung. In mehreren Workshops beschäftigten sich die rund 200 Teilnehmer*innen u.a. mit den Themen Rechtspopulismus und Rassismus, Flucht und betriebliche Integration sowie mit der IG Metall als Integrationsmotor in Betrieb und Gesellschaft und entwickelten abschließend Handlungsmöglichkeiten für die gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit. Die Personengruppenkonferenz macht eines deutlich: Die IG Metall ist in Vielfalt geeint – und zeigt klare Kante gegen Rechts.

Mehr Infos zur Initiative #klareKante findet ihr unter: <https://junge-igm.zusammenhandeln.org/klarekante>



Am Info-Stand besuchten uns die IG Metall-Vorstandsmitglieder Ralf Kutzner (l.) und Hans-Jürgen Urban (r.) zusammen mit Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin Gelbe Hand.

Gegen Diskriminierung und Antisemitismus

Gelbe Hand-Workshop in Berliner Berufsschule

Am 28. und 29. März führte unsere Referentin Sandra Hoeboer einen Workshop zu Antidiskriminierung und Antisemitismus an der Berufsschule Oberstufenzentrum Bürowirtschaft 1 durch. 15 Berufsschüler*innen zwischen 17 und 22 Jahren, die sich in der schulischen Ausbildung



zu Bürofachkräften befinden, nahmen am zweitägigen Workshop teil. Spielerisch wurden die Mechanismen und die Wirkweise von Vorurteilen vermittelt und so für verschiedene Formen der Diskriminierung und Abwertung sens-

ibilisiert. „Man kann durch Rollenspiele Diskriminierung erlebbar machen. Zum Beispiel, in dem man einen Kreis bildet, und alle, deren Namen mit einem A beginnt, müssen raus und werden ausgeschlossen“, erklärte Sandra Hoeboer, „der Effekt ist oftmals einprägsamer.“ Am zweiten Tag vertiefte die kulturell bunt gemischte Klasse das Thema Antisemitismus, wobei vermittelt wurde, wo die Grenzen zwischen legitimer Kritik an Israel und antisemitischen Einstellungen verlaufen. „Gerade mit Bezug auf unsere Geschichte ist immer wieder wichtig, und heute vielleicht mehr denn je, Wissen zu vermitteln und sich klar gegen Antisemitismus auszusprechen“, unterstrich die Gelbe-Hand Referentin.

Rechtspopulismus und Sozialpolitik

Workshop mit dem DGB Niederbayern in Landshut

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Insbesondere Arbeiter*innen und Erwerbslose scheinen sich von ihnen angesprochen zu fühlen. Sie sind zunehmend eine Zielgruppe der Rechtspopulisten und Rechtsextremen geworden – eine Herausforderung für die Gewerkschaften. In Kooperation mit dem DGB Niederbayern und der DGB Jugend Niederbayern fand daher am 23. März der Workshop „Rechtspopulismus und Sozialpolitik“ in Landshut statt. Die gewerkschaftlich aktiven Teilnehmer*innen tauschten sich über rechte Strukturen in Bayern und Deutschland sowie über Handlungsmöglichkeiten in Betrieb, Schule und Gewerkschaft aus. Während Wolfgang Veiglhuber, Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in zeithistorischer Perspektive die Entwicklung sozialpolitische Positionen rechter Parteien von damals bis heute aufzeigte, analysierte der Publizist und Rechtsextremismus-Experte, Jan Nowak, die rechtsextremen und rechtspopulistischen Einflüsse bei der Landtagswahl in Bayern im letzten Jahr. Im Anschluss referierte unsere Referentin

Sandra Hoeboer zu den Herausforderungen der Gewerkschaften mit rechten Tendenzen in der Arbeitswelt, wie beispielsweise der rechten Betriebsratsliste „Zentrum Automobil“, die in einigen Unternehmen der Automobilindustrie verstärkt Fuß fasst. Die Ursachenanalyse, warum Arbeitnehmer*innen sich angesprochen fühlen von rechtspopulistischen Positionen ist vielschichtig: „Soziale Abstiegsängste, Wandlungsprozesse, Globalisierung und Migration spielen eine Rolle, aber auch Unzufriedenheit mit etablierten Parteien“, betonte Hoeboer. Abschließend diskutierten die Teilnehmer*innen Handlungsoptionen, um diesen Tendenzen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft entgegenzutreten. Einig war man sich in dem Punkt, dass man den „einfachen Lösungen“ der Rechten, die eigenen Lösungen entgegenstellen und verständlich artikulieren müsse. Es gelte, die eigenen Werte wieder stärker in die Betriebe zu tragen.



Gelbe Hand-Aufkleber auf allen Dienstwagen

Der Stadtentwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Düsseldorf setzt Zeichen gegen Rassismus

Die Dienstfahrzeuge des Stadtentwässerungsbetriebs in Düsseldorf werden zu fahrenden Symbolen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Personalrat fasste den Beschluss, die Betriebsleitung unterstützte die Aktion, nun wurde er in die Tat umgesetzt: Die Dienstwagen des Stadtentwässerungsbetriebs Düsseldorf wurden allesamt mit Aufklebern der Gelben Hand beklebt. Auf der letzten Personalversammlung kündigte der Vorsitzende des Personalrates, ver.di-Kollege Stephan Hammer, die Aktion an. Für ihn stellt dies ein wichtiges Bekenntnis des Unternehmens – nach innen und nach außen dar: „Unsere 500 Mitarbeiter sind ein bunter Haufen. Egal, wo man herkommt, hier ist jeder willkommen. Es braucht diese Of-

fenheit eines jeden, um miteinander klar zu kommen“, erklärte Stephan Hammer. Sie wollten mit dieser Aktion deutlich machen, dass sie als Unternehmen fremdenfeindliche Einstellungen in keiner Weise dulden. Angesichts der politischen Entwicklung sei dies notwendiger denn je: „Diese Botschaft wollen wir auch sichtbar in die Gesellschaft hineinbringen. Das tun wir durch das Bekleben der Dienstwagen mit dem auffälligen Symbol der Gelben Hand als gewerkschaftliches Logo gegen Rassismus.“



Magenta ist bunt!

Gelbe Hand auf der Betriebsversammlung der Telekom Ausbildung in Düsseldorf

Als der Termin der Betriebsversammlung der Telekom Ausbildung auf den 21. März fiel, war das Thema im Prinzip gesetzt. „Wir wollten am Internationalen Tag gegen Rassismus ein Zeichen setzen, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Hetze weder bei uns in der Telekom, noch in der Gesellschaft Platz haben“, erklärte Fikret Fejzovic, Vorsitzender des Betriebsrates



Telekom Ausbildung. Die Telekom stehe für Vielfalt, so Fejzovic. Eine Vielfalt, die der gebürtige Bosnier muslimischen Glaubens selbst personifiziert und die im gesamten Unternehmen Wertschätzung erfährt. In einem Video des Gesamtbetriebsrates, das zu Beginn der Versammlung den rund 150 Teilnehmer*innen gezeigt wurde, äußerten sich Beschäftigte der Telekom zu Vielfalt und Rassismus. Die Botschaft lautete: Magenta (Farbe der Telekom AG, Anm. d. Red.) ist bunt!“

Daher lag es auch nahe, für die Betriebsversammlung den Kumpelverein einzuladen. Geschäftsführerin Dr. Claudia Tietze war vor Ort und überbrachte den Teilnehmer*innen ein Grußwort: „Als Gelbe Hand setzen wir uns gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt ein. Es wichtig, dass gerade ihr in der Telekom Ausbildung, die ihr mit jungen Azubis arbeitet, als Multiplikator*innen fungiert und der Jugend demokratische Grundwerte vermittelt. Das bringt ihr heute zum Ausdruck. In Zeiten des zunehmenden Rechtspopulismus ist das ein positives Signal! Wir stehen gemeinsam für Vielfalt und Solidarität!“

Im Anschluss gab es die Möglichkeit sich an den Info-Ständen zu den Themen auszutauschen. Um das Thema noch symbolisch und visuell aufzubereiten, erstellten die Teilnehmer*innen eine Fotocollage mit dem Banner der Gelben Hand. Einen spannenden Gastbeitrag gab es anschließend von der Autorin und Islam-Expertin Lamya Kaddor. Sie stellte ihr Buch „Die Zerreißprobe“ vor und ging der Frage nach, ob die Angst vor dem Fremden die Demokratie zerstöre. Damit dies nicht geschehe, ging am Ende von der Betriebsversammlung der Telekom Ausbildung der Appell aus, an den kommenden Europawahlen die Demokratie und nicht deren Gegner*innen zu stärken.

v.l. Janine Mentzen, Kaufmännische Leitung, Stephan Hammer, Personalratsvorsitzender, und Ingo Noppen, Technische Leitung, setzen mit der Gelben Hand ein Zeichen!
(Foto: Stadtentwässerungsbetrieb Düsseldorf)

Mehr Gleichbehandlung im Arbeitsleben!

Bericht der Antidiskriminierungsstelle zu Diskriminierung in der Arbeitswelt

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat im Frühjahr 2019 mit ihrem ersten Jahresbericht Bilanz zum Stand der Gleichbehandlung in Deutschland gezogen. Dabei wurde klar: Diskriminierungen im Arbeitsleben sind immer noch viel zu oft an der Tagesordnung.



Annelie Buntenbach,
DGB-Bundesvorstands-
mitglied (Foto: Simone
M. Neumann)

Aufgabe der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist unter anderem die Beratung von Menschen, die Diskriminierung erfahren. Damit hilft sie, das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umzusetzen. Ziel des Gesetzes ist es, Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft oder rassistischen Zuschreibung, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Identität zu verhindern und zu beseitigen.

Im Jahr 2018 erhielt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) knapp 3.500 Beratungsanfragen – ein deutlicher Anstieg im Vergleich

zum Vorjahr. Bei den Beratungsanfragen geht es am häufigsten um Diskriminierung beim Zugang zu Beschäftigung und innerhalb der Beschäftigung, also Diskriminierungsfälle im Arbeitsleben. Die gestiegene Nachfrage nach Beratung und die gemischte Bilanz aus den Ergebnissen der Beratungsanfragen der ADS zeigen: Es gibt erhebliches Verbesserungspotenzial beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und auch bei seiner Umsetzung durch die Arbeitgeber*innen.

„Eines der zentralen Probleme des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist, dass Betroffene ihre Rechte gerichtlich oft nur schwer durchsetzen können“, kritisiert Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied. „Das muss endlich besser geregelt werden“, so Buntenbach weiter. Dass die Beratungsanfragen bei der ADS im Vergleich zu den Vorjahren weiter ansteigen deutet der DGB dennoch auch als positives Zeichen, denn Betroffene lassen erfahrene Diskriminierung und Ausgrenzung nicht mehr einfach über sich ergehen, sondern holen sich Hilfe und Unterstützung. „Der Gang zum Gericht ist jedoch nicht immer angemessen oder zu langwierig für Betroffene“, erklärt Annelie Buntenbach.

Mehr Infos zum Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++457c8a86-5614-11e9-82cc-52540088cada>

Frauen und Rechtsextremismus – ein Widerspruch?

Broschüre des Monats

Spätestens seit der Silvesternacht 2015/2016 in Köln werden sexuelle Übergriffe bzw. jegliche Gewalt gegen Frauen von Rechten instrumentalisiert, um fremdenfeindliche Hetze zu verbreiten. Dieser offenkundige Rassismus, in dem nur die nicht-deutsche Bevölkerung zu Tätern gemacht wird, ist ein wichtiges Ideologieelement der „rechten Bewegung“ geworden. Gleichzeitig wird das moderne, selbstbestimmte Frauenbild vom rechten Gesellschaftsmodell angezweifelt. Die Kritik gegen das „Gender Mainstreaming“ findet Einzug nicht nur in den öffentlichen Diskurs, sondern macht ebenso wenig Halt vor den Werkstoren und wird zunehmend zu einem Problem für die Durchsetzung der Gleichbehandlung der Geschlechter am Arbeitsplatz. Die Tagungsdokumentation der Gelben Hand „Frauen und Rechtsextremismus – ein Widerspruch? Feminismus und Antirassismus zusammengedacht“ versucht die Widersprüchlichkeiten des rechten Gesellschaftsmodells zu enttarnen, die demokratiegefährdenden Tendenzen aufzudecken und Handlungsoptionen für Multiplikator*innen und Aktive zu liefern. Während in einem ersten theoretischen Teil der Publikation die verschiedenen antifeministischen Strömungen und die Netzwerke der Neuen Rechten beleuchtet werden, werden im weiteren Verlauf die betrieblichen und gewerkschaftlichen Maßnahmen und Gegenargumente aufgezeigt. Die Publikation zum Download gibt es unter: https://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/publikationen/Tagungsdokumentation_2018_final.pdf



Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

IG BCE Bergedorf, ver.di NRW, IG Metall Bochum-Herne, Gelbe Hand, Telekom Ausbildung

Verlag und Produktion:

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Hamije Adili-Kuntz**, ver.di, Mitglied im Landes- und Bundesmigrationsausschuss, Ratzeburg
2. **Murat Dede**, ver.di, BR-Vorsitzender BÄKO Mittelbaden eG, Karlsruhe
3. **Halima Gutale**, Vorsitzende des Hafa e.V., Pfungstadt
4. **Moctar Kamara**, Vorsitzender des Zentralrates der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland e.V., Berlin
5. **Dagmar König**, ver.di, Bundesvorstandsmitglied, Berlin
6. **Mecnun Ölmez**, ver.di, stellv. Betriebsratsvorsitzender AWO Karlsruhe, Kraichtal
7. **Pawascha Rahimi Naroghmal**, Hannover
8. **Dolores Sailer**, ver.di, stellv. BR-Vorsitzende Weltbild, Vorsitzende des ver.di Bezirksmigrationsausschusses, Augsburg
9. **Yannick Schulze**, IG BCE/ IG Metall, Ludwigsburg
10. **Zekeriya Soydemir**, ver.di, Mitglied im Migrationsausschuss, Osnabrück
11. **Christina Wasemann**, ver.di, Vorsitzende ver.di-Ortsgruppe Lippe, Blomberg
12. **Anja Wessely**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Landshut
13. **Brigitte Wessely**, ver.di, Vorsitzende des Senior*innen Ausschusses ver.di Niederbayern
14. **Dorothee Wolf**, IG Metall, Gewerkschaftssekretärin, Frankfurt
15. **Canan Yildirim**, ver.di, Stellv. Betriebsratsvorsitzende, ARBEIT & LEBEN Hamburg, Mitglied im Migrationsausschuss, Hamburg

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender